

Beschluss des Beirates Gröpelingen

Saisonalen Fährbetrieb Gröpelingen – Überseestadt – Woltmershausen aufrechterhalten!

Der Beirat Gröpelingen fordert den Senator für Wirtschaft und Häfen auf, den Fährbetrieb zwischen den Anlegern am Lankenauer Höft, Gröpelingen und der Überseestadt im laufenden Jahr 2017 und darüber hinaus zu gewährleisten und dies über die Bereitstellung einer Ausfallbürgschaft sicherzustellen.

Flankierend beteiligt sich der Beirat Gröpelingen mit einem angemessenen Beitrag an dieser Bürgschaft, indem er € 3.000,- aus stadtteil eigenen Globalmitteln für das Vorhaben reserviert, um die Realisierung sicherzustellen.

Begründung:

Die saisonale Fährverbindung wird als unerlässlich für den stadtteilübergreifenden Kontakt der Menschen und damit die Entwicklung des gesamten Gebietes an der Schnittstelle der drei Stadtteile gesehen in der aktuellen Situation mehr denn je (Entwicklung neuer Wohngebiete in der Überseestadt der dortigen sog. „weichen Kante“, ein möglicher Pächterwechsel am Lankenauer Höft sowie die erwartbaren Synergieeffekte an der Waterfront auf Gröpelinger Seite).

Vor dem Hintergrund der positiven städtebaulichen Entwicklungen, die mittelfristig eine Steigerung der Aufenthalts- und Freizeitqualität der Uferregionen in diesem Bereich und damit auch ein erhebliches Anwachsen der Fahrgastzahlen in allen Richtungen erwarten lassen, ist eine, auch temporäre, Aussetzung des Fährbetriebs, unbedingt zu verhindern.

Nach einhelliger Einschätzung von „Kultur vor Ort“, des Betreibers „Häl över“ und des Beirates Gröpelingen würde aufgrund des logistischen und finanziellen Mehraufwandes eine spätere Wiederaufnahme der Verbindung wesentlich erschwert werden. Das aber ließe im Hinblick auf die Entwicklungsmöglichkeiten der drei Stadtteile einen herben Rückschlag erwarten.

Abschließend wird nachdrücklich darauf verwiesen, dass für den effektiven Einsatz der externen EFRE-Fördermittel in diesem Bereich, die Möglichkeit einer auf Dauer gestellten Flußüberquerung eine wesentliche Voraussetzung darstellt.

(Einstimmiger Beschluss anlässlich der Fachausschusssitzung „Bau, Verkehr, Umwelt und Häfen am 22.02.2017)